

Stellung dieser Werkstätten muß es unter anderem sein, Menschen mit Behinderung zu befähigen, im täglichen Leben, aber auch in der Wirtschaft eine optimale Selbständigkeit zu erarbeiten. Die Menschen mit Behinderungen erwarten keine besondere, sondern eine von Diskriminierung freie gesellschaftliche Position.

(Beifall)

Die klare Gliederung des Schwerbehindertengesetzes ermöglicht eine leichte Handhabung und bietet kaum Anlaß zu bürokratischen Fehlinterpretationen.

Im Hinblick auf das erklärte Ziel aller Parteien, die Qualität der Gesellschaft daran zu messen, wie gut oder schlecht sie mit ihren schwächsten Mitgliedern umgeht, empfehle ich die Annahme dieses Gesetzes bzw. die Überweisung an die verantwortlichen Ausschüsse der Volkskammer. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Danke Herrn Abgeordneten Hartmann. Ich rufe die Fraktion der PDS auf, Frau Dr. Martina Schönebeck, das Wort zu nehmen.

Frau Dr. Schönebeck für die Fraktion der PDS:

Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Ich weiß nicht, mir ist nicht wohl. Da ist es nun, das Sozialpaket, und es kommt mir vor wie eines der früher in der DDR so beliebten Westpakete. Erstens weil es denselben Adressaten hat, zweitens weil es viel zu spät kommt.

(Gelächter bei der SPD)

Ich bin sehr froh, daß es jetzt auf meinem Platz liegt. Und auch das war früher manchmal üblich: Es fehlt die Hälfte. Erfahrene Westpaketempfänger wissen, daß diese in Unkenntnis auch schon manchmal Backpulver und Haferflocken enthielten. Manchmal war einiges auch schon überlagert.

(Unruhe im Saal)

Ich bitte deshalb von vornherein um Nachsicht, wenn ich hier nicht zur Danksagung ansetze, bevor wir gründlich geprüft haben. Die Mehrzahl der hier vorgelegten Gesetze wurde ja offensichtlich deshalb benötigt, weil es künftig kein verfassungsmäßig garantiertes Recht auf Arbeit mehr geben wird in diesem Lande. Und ich bin dem bayrischen Ministerpräsidenten Streibels ausnahmsweise zu Dank verpflichtet,

(Zuruf: Aha!)

daß er das Recht auf Arbeit ausdrücklich als eine sozialistische Errungenschaft bezeichnet - allerdings hat er das ironisch gemeint - und vehement davor gewarnt hat, daß das Bodenrecht und das Recht auf Arbeit, wie es in der DDR bisher üblich war, die Bundesrepublik an den Rand des Sozialismus bringen könnte.

Ich habe mich oft gefragt, warum das so ist, wo doch Arbeit ein Menschenrecht ist, weil sie zweifellos zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, also Freiheit, beiträgt, sofern man nicht so betucht ist, zumindest auf entlohnte Arbeit verzichten zu können.

Stellvertreter der Präsidentin Frau Dr. Niederkirchner:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kuessner (SPD):

Gestatten Sie eine Zwischenfrage zu den Arbeitsplätzen von Behinderten früher: Wissen Sie, wieviel Behinderte früher Arbeitsplätze in unseren Betrieben hatten?

Frau Dr. Schönebeck (PDS):

In der DDR waren bis zu 70 Prozent der Behinderten beschäftigt, in Betrieben auf normalen Arbeitsplätzen, in geschützten Werkstätten und Rehabilitationswerkstätten. Übrigens, ich teile natürlich die Ansicht, daß in diesem Lande eine ganze Menge Menschen verdeckt arbeitslos waren, aber ich weiß nicht, ob offene Arbeitslosigkeit besser als verdeckte Arbeitslosigkeit ist.

(Heiterkeit bei den Koalitionsfraktionen)

Ich bin schon sehr dafür, daß alle Menschen in diesem Lande eine nützliche Arbeit verrichten, und das ist ja mit der Sozialfürsorgeverordnung auch geregelt. Ich teile die Bedenken, da ich gelegentlich auch früher schon Kontakt mit Arbeitsämtern hatte, ob die Arbeitsämter in der Lage sind, das Arbeitsförderungsgesetz sachgerecht in kurzer Zeit umzusetzen. Das trifft übrigens für viele andere Sozialgesetze auch zu. Ich habe mich jahrelang der Mühe unterzogen, solche Gesetze zu lehren, und ich weiß, daß selbst unsere einfachen Gesetze manchmal recht schwer umzusetzen sind.

(Zuruf von der SPD: Weil Sie sie schlecht gelehrt haben!)

(Heiterkeit bei den Koalitionsfraktionen)

Das glaube ich übrigens nicht.

(Beifall bei der PDS, Zurufe von der SPD)

Es war in diesem Lande allgemein eine gewisse Gesetzmüdigkeit. Man brauchte sich damit ja nicht so zu befassen, man kam auch ohne ganz gut hin. Und ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, daß ich diesen Zustand außerordentlich bedauere und mein Möglichstes getan habe, dagegen anzukämpfen, insbesondere auch was die Rechte der Behinderten angeht.

Der Abgeordnete Hartmann hat hier zum Schwerbehindertengesetz sehr richtig formuliert, daß damit diese unglücklichen Begriffe „Schwer- und Schwerstbehinderte“ abgelöst werden. Ich weiß nicht, ob es gut und richtig ist, wenn in diesem Gesetz die Begriffe „Schwerbehinderte“ und „-beschädigte“ als Definition verwendet werden, eine Definition, die von der Weltgesundheitsorganisation als relativ unmodern abgelehnt wird.

Ich möchte noch auf ein Argument eingehen, das die Frau Minister hier nannte: das nahtlose Zusammenwachsen der Rehabilitation zwischen der DDR und der BRD. Ein Abgeordneter, übrigens nicht meiner Fraktion, hat neulich einmal gesagt: Wir müssen ja nicht alles übernehmen, es gibt ja auch Dinge, die nicht so gut sind und wo in der Bundesrepublik schon daran gearbeitet wird. Wer sich die Mühe macht, nicht nur die Gesetze zu lesen, sondern auch mal die Enqueteberichte des Deutschen Bundestages, wird feststellen, daß insbesondere auf dem Gebiet der Rehabilitation sehr geklagt wird, daß es keine einheitliche Rehabilitation, also kein Rehabilitationssystem gibt. Das gibt es tatsächlich nicht, und das hier in der DDR - und ich will das mal einfach verteidigend sagen, und ich verteidige damit weiß Gott nicht unsere alte Partei- und Staatsführung, sondern die vielen Menschen, die in der Rehabilitation in diesem Lande tätig waren - oft zwischen den Gesetzen mit Verordnungen eine Rehakilitationsskette geschaffen wurde, die tatsächlich komplexe Rehabilitation ermöglicht. Und ich sehe mit großer Sorge, wie zwischen Kompetenzstreitigkeiten verschiedener Ressorts, auch der Ministerien, sozusagen hier Einrichtungen aufgerieben werden. Da werden medizinische Betreuungsleistungen aus Körperbehindertenschulen herausgenommen, da wird hier und dort zerhackt, wo eigentlich etwas zusammengehört.

Ich möchte noch einmal auf die Antwort zur Frage der Abgeordneten Enkelmann eingehen.

Nein, das ist nicht nur eine Frage des Geldes und der Möglichkeiten. Wir können nicht warten, bis die Einrichtungen, die in diesem Lande zur pädagogischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation existieren, den Bach heruntergegangen sind, weil sich niemand dafür verantwortlich fühlt. Und es kann auch nicht sein, daß diese Einrichtungen sozusagen den Kommunen, die zumeist wohl erst einmal etwas arm sein werden, überlassen